



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 08.02.2017

Antrag

Die Stadt München setzt auf Software ohne Spionagefunktionen

Die Stadt München beschließt, dass sie nur Software einsetzt, die einen ausreichenden Daten-schutz für MitarbeiterInnen sowie EinwohnerInnen berücksichtigt. Die Stadt lehnt Computer-programme und Betriebssysteme ab, die unkontrolliert persönliche und stadteigene Daten an fremde Server senden.

Begründung:

Anlässlich geplanter neuer Software-Anschaffungen im Schulreferat (ca. 270 Mio.€) und der Ertüchtigung der IT der Münchner Stadtentwässerung ist die Einhaltung der Datenschutzgesetze unerlässlich. Einige Softwarefirmen vertreiben Programme, welche systematisch Daten ihrer Nutzer erheben und an den Softwarehersteller übermitteln. Erst kürzlich hat der NDR auf diese gängige Praxis hingewiesen, in dem er über eine eigens gegründete Scheinfirma intimste Daten von 3 Millionen Bundesbürgern aufkaufte, darunter von zahlreichen Politikern.¹ Wiederholt wurden auch große und renommierte IT-Firmen „gehackt“ und die dort gespeicherten Kundendaten im Internet veröffentlicht oder für kriminelle Aktivitäten verwendet. Computerprogramme, die ihren Nutzer nicht ausforschen, sind unerlässlich für einen gesetzeskonformen Datenschutz – ebenso gilt das für das Betriebssystem.

Windows 10 spioniert systematisch

Das Betriebssystem Windows 10 beispielsweise informiert bereits in seinem Benutzervertrag, dass es systematisch das Verhalten des Anwenders beobachtet und verschiedenste persönliche Daten über das Internet an die Microsoft-Firmenserver überträgt – ebenso wie einige Versionen der Büro-software Microsoft Office. Diese Spionagefunktionen lassen sich technisch nur zum Teil abschalten²; außerdem muss sichergestellt werden, dass bei einem Update die abgeschalteten Funktionen nicht wieder aktiviert werden bzw. neu eingebaut werden.^{3 4} Selbst bei der teuren Enterprise-LTSB-Version von Windows 10, in der einige Überwachungsfunktionen abgeschaltet sind, wurde das „Herausfunken“ persönlicher Nutzerdaten beobachtet.

Fazit:

Die stadteigenen MitarbeiterInnen müssen weiterhin Vertrauen zu ihrem Arbeitgeber haben, dass ihre Computerarbeit nicht heimlich überwacht wird und die EinwohnerInnen Münchens sollten sich nicht fragen müssen, an wen ihre persönlichen Daten übertragen werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Stadt München – insbesondere bei Datenlecks – auf hohen Schadensersatz verklagt wird, weil sie gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die Datenschutzgesetze verstoßen hat.

Tobias Ruff (ÖDP), Cetin Oraner (DIE LINKE), Sonja Haider (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

¹ <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Abgegriffene-Browserdaten-Intime-Details-von-Spitzenpolitikern-nachvollziehbar-3455082.html>

² <http://derstandard.at/2000020728132/Trotz-Privatsphaere-Einstellungen-Windows-10-telefoniert-weiter-nach-Hause>

³ <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Kommentar-Datenschleuder-Windows-10-Wasser-und-Wein-3360099.html>

⁴ <https://www.heise.de/ix/heft/Datenschleuder-3356982.html>

Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 174 - 176 • 80331 München

ÖDP: Telefon: 089 / 233 – 259 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 - 2 81 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de